



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	9
3.	Griechische Zyprioten .....	9
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	9
	Innenpolitische Entwicklungen .....	10
	Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen .....	11
4.	Türkische Zyprioten .....	13
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	13
	Beziehungen mit der Türkei .....	14
	Innenpolitische Entwicklungen .....	15
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	16

### **FES NEWS**

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[Twitter.com/FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an  
[FESPaparoditi@gmail.com](mailto:FESPaparoditi@gmail.com)

## 1. Das Zypernproblem

Der Monat Mai begann damit, dass der griechisch-zypriotische Präsident Nikos Anastasiades Klarstellungen hinsichtlich eines Vorschlags des türkisch-zypriotischen Volksgruppenführers Mustafa Akinci forderte. Dieser hatte die griechischen Zyprioten am 30. April aufgefordert, den Rahmenplan von UN Generalsekretär Antonio Guterres ohne Änderungen als strategisches Rahmenabkommen zu akzeptieren.

Anastasiades reagierte auf Akincis Vorschlag am 2. Mai. Er betonte, dass die Türkei und die türkischen Zyprioten darlegen müssten, ob sie die festgelegten Parameter hinsichtlich des Sicherheitssystems, der Garantien und den Abzug der Truppen akzeptierten. Anastasiades verwies darüber hinaus darauf, dass es unterschiedliche Versionen von Guterres' Vorschlägen in Crans-Montana gegeben habe. Er fragte, ob Akinci das Rahmenabkommen vom 4. Juli 2017 anerkennen würde. Dieses hatte Änderungen enthalten, die vom griechisch-zypriotischen Volksgruppenführer vorgeschlagen worden, aber weder von der türkisch-zypriotischen Seite akzeptiert noch vom UN-Generalsekretär übernommen worden sind. Akincis Angebot blieb von der griechisch-zypriotischen Regierung unbeantwortet, obwohl Akinci klarstellte, dass er sich auf den von Guterres am 30. Juni 2017 vorgelegten Rahmenplan bezog.

In einer schriftlichen Stellungnahme Ende Mai bekräftigte Akinci, dass bei seinem Treffen am 23. September 2017 in New York mit Guterres bestätigt wurde, dass den beiden Volksgruppen-

vertretern nur ein einziger Rahmenplan am 30. Juni 2017 vom UN-Chef präsentiert wurde.

Darüber hinaus konstatierte Akinci „...Selbst wenn Anastasiades bei zahlreichen Gelegenheiten nach Crans-Montana wiederholt erklärt hat, dass er den Rahmenplan von Guterres unterstützen würde, zeichnet sich ab, dass dies nicht der Fall ist ... Dies ... zeigt, dass die griechisch-zypriotische Führung, im Gegensatz zu ihren Aussagen, den Fortbestand des Status quo auf der Insel präferiert. Es ist bekannt, dass ich am 30. April 2018 dargelegt habe, dass – wenn die griechisch-zypriotische Seite bereit ist, den Rahmenplan von Guterres, so wie er ist, ohne Änderungen zu akzeptieren – wir diesen als strategisches Vereinbarungspaket verkünden könnten. Ich habe auch erwähnt, dass es nur dann Sinn ergibt, weiter zu verhandeln, um die noch offenen Themen zu bearbeiten. Anastasiades hat einen ganzen Monat lang nicht geantwortet, nur um letztendlich in einem kürzlich geführten Interview mit der Tageszeitung *Philiefttheros* den Vorschlag brüsk zurückzuweisen.“ Akinci unterstrich die Notwendigkeit einer objektiven Bewertung der Situation durch die internationale Gemeinschaft, vornehmlich durch die Vereinten Nationen und der Europäische Union, sowie Organisationen auf beiden Seiten der Insel. Akinci merkte an, dass der griechisch-zypriotische Volksgruppenvertreter mit seinen jüngsten Bemerkungen offenbart habe, dass er die Vorstellung politischer Gleichberechtigung und effektiver Beteiligung an Entscheidungsprozessen zurückweise.

An anderer Stelle betonte er, dass die türkisch-zypriotische Seite weder während der Konfer-

enz in Crans-Montana noch zum gegenwärtigen Zeitpunkt geneigt (gewesen) sei, „Null Garantierrechte, Null Truppen“ zu akzeptieren. Akinci fügte hinzu, dass die türkisch-zypriotische Seite keiner künftigen Sicherheitsregelung ohne Beteiligung der Türkei zustimmen wird.

Die sechs Kernpunkte des Rahmenplans von Guterres sowie die wichtigsten offenen Fragen zwischen beiden Seiten werden im folgenden Teil detailliert dargelegt. Die Darstellung folgt der Einschätzung eines Insiders, der seine Analyse diesem Newsletter zur Verfügung gestellt hat.

#### **Die sechs Kernpunkte des Rahmenplans vom 30. Juni 2017 sowie die wichtigsten noch offenen Fragen des Zypernproblems Hoheitsgebiet (wie im Guterres-Rahmenplan vorgeschlagen)**

Notwendigkeit der Anpassung der türkisch-zypriotischen Landkarte als Reaktion auf die Rückgabe-Anliegen griechischer Zyprioten bezüglich bestimmter Gebiete

#### **Offene Punkte**

Was das Hoheitsgebiet betrifft, möchten die griechischen Zyprioten die Rückführung von Morphou unter die griechisch-zypriotische Verwaltung, wie es im von den Vereinten Nationen unterstützten Annan-Plan zur Wiedervereinigung der Insel im Jahr 2004 festgelegt worden war. Die türkisch-zypriotische Volksgruppe hatte dem Annan-Plan in einem Referendum zugestimmt, während allerdings die griechischen Zyprioten diesen in ihrer Volksabstimmung ablehnten. Wenn ihre Ansprüche mit dem Anteil am Hoheitsgebiet nicht erfüllt sind, den der Annan-Plan vorsieht, könnten die griechischen Zyprioten eventuell mit einem größeren

Anteil am Küstengebiet in der Karpas-Region zufriedengestellt werden.

Die türkischen Zyprioten andererseits sind nicht gewillt, Morphou zurückzugeben, da sie die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kosten einer Rückgabe fürchten. Ein weiterer Parameter, der nicht außer Acht gelassen werden kann, ist, dass nicht unerhebliche Investitionen in dem Gebiet vorgenommen wurden. Zudem tendieren die Einwohner Morphous, die 2004 ihre Stimme zugunsten der Wiedervereinigung abgegeben hatten, jetzt weniger dazu, einer Rückgabe Morphous zuzustimmen.

#### **Politische Gleichberechtigung (wie im Guterres-Rahmenplan vorgeschlagen)**

Rotierende Präsidentschaft im Verhältnis 2:1 zu Gunsten des griechisch-zypriotischen Präsidenten

Gewährleistung der effektiven Beteiligung an Entscheidungsprozessen durch beide Seiten: einfache Mehrheit mit einer Stimme von der jeweils anderen Gemeinschaft und ein Mechanismus zur Überwindung von Pattsituationen, sobald es um existenzielle Angelegenheiten der Bevölkerungsgruppen geht.

#### **Offene Punkte**

Die griechisch-zypriotische Seite ist gegen eine rotierende Präsidentschaft, da dies in der griechisch-zypriotischen Öffentlichkeit sehr unpopulär ist. Möglicherweise wäre sie gewillt, einen Kompromiss einzugehen, z.B. auf der Grundlage eines gemeinsamen Mandats für beide Präsidentschaftskandidaten und / oder einer gewichteten Beteiligung der einen Volksgruppe in den

Wahlen der anderen Seite (Cross Voting), so dass eine griechisch-zypriotische Stimmenbeteiligung bei der Wahl des türkisch-zypriotischen Präsidenten vorhanden wäre und umgekehrt.

Die türkischen Zyprioten fordern demgegenüber eine echte Beteiligung, was sie mit Sichtbarkeit in den staatlichen Vertretungsinstanzen gleichsetzen. Eine rotierende Präsidentschaft würde ihnen in ihre Wahrnehmung mehr Sichtbarkeit verleihen als ein gemeinsames Mandat, das ein griechischer und ein türkischer Zypriot zusammen bekleiden. Besonders die politischen Rechten sind aber gegen eine Beteiligung der griechischen Zyprioten in den Wahlen für eine türkisch-zypriotischen Kandidaten, da sie davon überzeugt sind, dass sie diese Vorgehensweise für immer entmachten würde, da die politische Linke der anderen Seite für die anderen Volksgruppe deutlich wählbarer ist als die politische Rechte.

In puncto Beteiligung an Entscheidungsprozessen machen sich die griechischen Zyprioten hinsichtlich möglicher Pattsituationen große Sorgen, wie sie schon in den sechziger Jahren eingetreten waren. Sie sind daher gegen ein Vetorecht und optieren für eine einfache Mehrheit. Die türkischen Zyprioten wiederum sind gegen eine einfache Mehrheit, da sie bei wichtigen Themen überstimmt werden könnten. Daher fordern sie eine „besondere Mehrheit“ mit eigener Stimmbeteiligung bei elementaren Angelegenheiten (z.B. dem Haushalt, dessen Zusammenbruch im Jahr 1963 gezeigt hat, wie ein solches System auseinanderfallen kann).

### **Eigentum (wie im Guterres-Rahmenplan vorgeschlagen)**

Zwei Systeme zur Behandlung der Eigentumsverhältnisse: In Gebieten, die zurückgegeben werden, soll der nach 1974 enteignete Besitzer bevorzugt bedacht werden. In Gebieten, die nicht zurückgegeben werden, sollen die aktuellen Bewohner Priorität genießen. Spezifische Aspekte sind weiter auszuarbeiten.

### **Offene Punkte**

Das Hauptproblem hierbei ist die Frage, wer bei der Entscheidung über den Umgang mit dem Eigentum Priorität genießt. Der enteignete Besitzer, meist ein griechischer Zypriote, oder der aktuelle Bewohner, in erster Linie ein türkischer Zypriote?

Logischerweise befürworten die griechischen Zyprioten die Variante ‚enteigneter Besitzer‘. Allerdings beweisen aktuelle Umfragen, dass nur wenige griechische Zyprioten zurückkehren und in ihrem Eigentum leben würden. Dieser Aspekt - in Verbindung mit Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die auch dem gegenwärtigen Nutzer Rechte einräumten - macht diese Streitfrage weniger explosiv als in der Vergangenheit. Ein weiterer Aspekt ist die Höhe der Entschädigungszahlung und die Frage, wer diese finanziert. Die griechischen Zyprioten sehen hier die Türkei in der Pflicht.

Die türkischen Zyprioten befürworten aus offensichtlichen Gründen die Variante ‚aktueller Bewohner‘, insbesondere wenn es sich hierbei um einen vertriebenen türkischen Zyprioten

handelt. In der Frage Rückgabe oder Entschädigung präferieren die türkische Zyprioten Entschädigungszahlungen, wodurch sie so viel Besitz wie möglich behalten würden. Allerdings sind sie selbst keinesfalls gewillt, die Entschädigungen, die die griechischen Zyprioten erwarten, zu zahlen.

#### **Gleichbehandlung (wie im Guterres-Rahmenplan vorgeschlagen)**

Freier Warenverkehr (Zollunion und eine zu vereinbarende Quote für landwirtschaftliche Primärerzeugnisse), freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr.

Freizügigkeit in Hinblick auf Personen: einschließlich Touristen, Studenten und Saisonarbeiter. Bei Anträgen für Daueraufenthaltsgenehmigungen Gleichbehandlung von griechischen und türkischen Staatsangehörigen auf Zypern.

#### **Offene Punkte**

Bezüglich der Gleichbehandlung wurden sowohl im Annan-Plan als auch in vorherigen Entwürfen der Türkei und Griechenland ein „Meistbegünstigungsstatus“ gewährt, der türkischen Staatsangehörigen die gleichen Rechte wie griechischen Staatsangehörigen einräumt. Zu einem gewissen Grad änderte sich der Status durch die Mitgliedschaft der Republik Zypern in der EU allerdings nicht so gravierend wie die griechischen Zyprioten oft behaupten. Die Behandlung von Drittstaatsangehörigen fällt in die nationale Zuständigkeit, nicht in den Befugnisbereich der EU. Zudem besteht zwischen der

Türkei und der EU bereits eine Zollgemeinschaft.

Für griechische Zyprioten mag dies, was wie eine Einschränkung der Rechte von EU-Mitgliedsstaaten (griechische Staatsangehörige) aussehen könnte, politisch besorgniserregend sein. Ihr Hauptanliegen ist jedoch, eine schleichende „Türkifizierung“ durch türkische Staatsangehörige, denen Aufenthaltsrechte zuerkannt werden und die somit das Recht auf Beantragung der zypriotischen Staatsbürgerschaft erwerben könnten, zu verhindern. Auch andere Mitgliedstaaten der EU teilen diese Befürchtung vor einem massiven Einfall türkischer Einwanderer durch den Erwerb einer zypriotischen Staatsangehörigkeit, weshalb sie die dauerhafte Ausnahmeregelung ‚Verhältnis 4:1‘ unterstützen werden. In Guterres Rahmenplan bleibt die Tatsache unerwähnt, dass es bereits eine Vereinbarung zwischen beiden Seiten bezüglich der Bevölkerungszahl gibt, nämlich dass das Verhältnis der Quote der 60er Jahre entsprechen solle, also in etwa 4:1 (vier griechisch-sprachige Einwohner auf einen türkisch-sprechenden Bürger). Das bedeutet wahrscheinlich ebenfalls eine dauerhafte Ausnahme vom EU-Normen in der Einwanderungsfrage.

Das Hauptproblem der türkischen Zyprioten ist ihre große Abhängigkeit von türkischen Touristen im Fremdenverkehr, türkischen Studenten im sehr umfangreichen Hochschulsektor, türkischem Kapital in der Privatwirtschaft und türkischen Arbeitskräften im Baugewerbe und Handwerk. Würden die türkischen Zyprioten die Türkei auf die gleiche Art behandeln wie beispielsweise die griechischen Zyprioten die Men-

schen aus dem Libanon, hätte das für die Wirtschaft fatale Folgen. Die türkischen Zyprioten (und die Türkei) möchten so viel Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit wie möglich. Die türkischen Zyprioten zeigen sich zudem besorgt über das Verhältnis von türkischstämmigen Einwohnern zu türkisch-sprachigen Bürgern zypriotischer Herkunft. Dennoch möchten die türkischen Zyprioten, dass Festlandtürkien, die bereits einen Pass der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ)<sup>1</sup> besitzen, ebenfalls Vollbürger eines geeinten Zypern sein werden. Deren Zahl ist nicht so groß wie viele griechische Zyprioten behaupten und liegt wohl bei etwa 50.000. Sie kommt ziemlich genau an das Verhältnis 4:1 der Gesamtbevölkerung in einem Vereinigten Zypern heran. Danach scheint es eine Vereinbarung zu geben, dass das Verhältnis von 4:1 bei jeder neuen Staatsbürgerschaft erhalten bleibt, die türkischen und griechischen Staatsangehörigen gewährt werden würde.

### **Sicherheit und Garantien (wie im Guterres-Rahmenplan vorgeschlagen)**

Der Generalsekretär legte dar, dass er persönlich nicht glaube, dass ein System, in dem ein (militärisches) Interventionsrecht festgeschrie-

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

ben ist, zukunftsfähig wäre. Er wies darauf hin, dass Bereiche, die unter den Garantievertrag fielen, durch eine – gemeinsam vereinbarte – adäquate Implementierung von Kontrollmechanismen, die verschiedene Aspekte abdeckten, ersetzt werden könnten. In einigen dieser Arbeitsfelder könnten die Garantiemächte eingebunden werden. Ein Sicherheitssystem solle gewährleisten, dass sich beide Gemeinschaften in einem wiedervereinigten Zypern sicher fühlen, wobei die Sicherheit der einen nicht zum Nachteil der anderen werden dürfe.

Das Thema der möglicherweise dauerhaften Stationierung von griechischen und türkischen Truppen sei bezüglich der Garantiemächte eine ganz andere Frage und solle in anderer Form behandelt werden. Was die Streitkräfte angeht (Truppenstärken, Abzug (ob und wann), Zeitachsen etc.), bedürfe es zu gegebener Zeit weitere Gespräche auf höchster Ebene.

### **Offene Punkte**

Die Themen Sicherheit und Garantien spalten die Parteien am meisten.

Die griechischen Zyprioten plädieren für eine Beendigung des (umstrittenen) Rechts auf einseitige militärische Intervention der Garantiemächte Griechenland, Türkei und Großbritannien, wie von Guterres beschrieben. Darüber hinaus fordern sie einen vollständigen Truppenabzug. Dies ist eine weitergehende Forderung als der Kompromiss, der im Annan-Plan vereinbart worden war. In einem Bündnisvertrag hatte man sich da auf den Verbleib von 650 türkischen und 950 griechischen Soldaten geeinigt, mit einer lediglich vagen Aussicht auf völligen

Abzug, dem zudem von der Türkei zugestimmt werden musste.

Die türkischen Zyprioten hingegen misstrauen griechisch-zypriotischen Rückversicherungen, dass Schutzmächte oder Streitkräfte nicht mehr vonnöten seien, da sie ja jetzt ein Mitglied der EU seien. Die EU habe die türkischen Zyprioten enttäuscht, z.B. in Angelegenheiten wie die Verordnung über den direkten Handel, welche nie implementiert worden ist. Sie verweisen auch auf die Unfähigkeit der EU, auf die Ukraine-Krise angemessen zu reagieren. Daher bräuchten sie Garantien als Sicherheitsnetz. Die Türkei sei bereit, die Truppenstärken signifikant zu verringern, solange eine Militärbasis auf Zypern bestehen bliebe.

Laut einer Information der Zypriotischen Nachrichtenagentur blockiert Ankara die Ankunft der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Jane Holl Lute, bis zu den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen in der Türkei am 24. Juni. Berichten zufolge hatten sowohl beide Seiten auf Zypern sowie Griechenland und das Vereinigte Königreich ihre Zustimmung zu Lutes Eintreffen gegeben.

Die im Jahr 2005 gegründete Kommission für unbewegliches Eigentum [Immovable Property Commission (IPC)], eine Organisation zur Klärung von Ansprüchen auf Grundstücke und Immobilien griechischer Zyprioten im Norden Zyperns, beschloss, ein 349 qm großes Grundstück im Dorf Kozan/Larnakas tis Lapithou an den griechisch-zypriotischen Besitzer Nikolas Skourides zurückzugeben. Laut einem Bericht der türkisch-zypriotischen Tageszeitung Yeniduzen

war dies erst das zweite Mal in fünf Jahren, dass die IPC sich für eine Rückgabe an einen griechisch-zypriotischen Flüchtling entschied. Skourides hatte den Antrag am 7. Oktober 2011 eingereicht. Am 13. März 2017 wurde dieser positiv beschieden, die offizielle Rückgabe erfolgte am 19. September 2017. Gemäß Ayfer Erkmen, dem Vorsitzenden der IPC, handle es sich bei 97,7% der Entscheidungen um Kompensationszahlungen; nur in einem Prozent der Fälle wurde das Eigentum zurückgegeben und der Rest der Anträge wurde zurückgezogen. Auf der Website der Kommission ist nachzulesen, dass bis Anfang Juni 6.440 Anträge eingegangen seien. 907 Fälle seien gütlich beigelegt worden, 32 durch förmliche Anhörung. Die Kommission habe 277,6 Millionen Britische Pfund Ausgleichszahlungen geleistet. Darüber hinaus habe man in zwei Fällen für Austausch und Kompensation, in drei Fällen für Rückgabe und in sechs Fällen für Rückgabe und Ausgleichszahlung entschieden. In einem Fall werde erst nach einer Lösung der Zypernfrage entschieden und in einem weiteren Fall habe es eine Teilentschädigung gegeben.

Die türkisch-zypriotische Wochenzeitung Cyprus Today berichtet, dass die Polizei gerufen werden musste, nachdem Bagger angerückt waren um auf dem Grundstück des 78-jährigen Nicolas Skourides, auf dem einst das Haus seiner Familie gestanden hatte, mit Baumaßnahmen zu beginnen. Die Einsatzkräfte beruhigten die wütenden türkisch-zypriotischen Dorfbewohner, die gegen die Bauarbeiten opponierten. Diese erklärten, sie würden eine Petition einreichen, um Skourides daran zu hindern, ein Haus in ihrem Dorf zu bauen.

Der Leiter des Referats zur Lösung der Zypernfrage der Europäischen Kommission, Kjartan Björnsson, sagte, dass man an einer der Erweiterung der ‚Verordnung zur Grünen Linie‘ arbeite, um den Handel zwischen beiden Seiten auf der Insel zu fördern. 2017 hatte das Volumen lediglich 6 Millionen Euro betragen. Björnsson berichtete, dass seit 2011 durchschnittlich 32 Millionen Euro jährlich an Unterstützung an die türkisch-zypriotische Seite geflossen sind; die Gesamtunterstützung liege bei 485 Millionen Euro. Er fügte hinzu, dass man weiterhin die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, die Infrastruktur und den Aufbau der Zivilgesellschaft im Norden fördern werde.

Wie schon in den vergangenen Jahren versammelten sich Gewerkschaften beider Seiten am Tag der Arbeit unter dem Motto „Wir sind entschlossen: Lösung, Wiedervereinigung und soziale Gerechtigkeit.“ In einer gemeinsamen Erklärung am Ende des Abends wurden die wachsende soziale Ungerechtigkeit, der die Arbeitnehmer ausgesetzt seien, und die Konflikte in der Region angeprangert. Arbeitskräfte auf beiden Seiten würden den Kampf und die Solidarität fortsetzen. Man unterstrich die dringende Notwendigkeit einer schnellstmöglichen Lösung des Zypernproblems und rief beide Volksgruppenführer auf, Schritte zu einer Wiederaufnahme des zypriotischen Verhandlungsprozesses zu unternehmen.

Nach Aufhebung der umstrittenen Zollgebühren auf Hilfsgüter, die von der vorhergehenden Regierung verhängt worden waren, erfolgte die erste Lieferung an die griechischen Zyprioten und Maroniten im Norden. Die Waren aus dem

Süden wurden von UN-Friedenstruppen an die 64 Maroniten im Dorf Kormakitis (Korucam) und an griechische Zyprioten im Karpas-Gebiet ausgeliefert. Alle Artikel waren mit Aufklebern versehen, die vor illegalem Verkauf der Produkte warnten. Der stellvertretende Premierminister und Außenminister Kudret Ozersay hatte im März angekündigt, dass die Regierung die Erhebung von Zollgebühren auf humanitäre Hilfsgüter, die unter seinem Vorgänger Tahsin Ertugruloglu vergangenen Oktober eingeführt worden war, beenden wird. Ertugruloglu hatte die Strafzölle verhängt, da die Empfänger die Hilfsgüter verkauft hätten, statt sie zu verzehren und die Angelegenheit politisch instrumentalisiert worden sei.

Die Türkei hat 100.000 US-Dollar an das Komitee für vermisste Personen (Committee on Missing Persons, CMP) gespendet. Damit hat die Türkei im Verlauf der vergangenen elf Jahre das Komitee mit insgesamt 909.500 Euro unterstützt. Ein Sprecher des Komitees für vermisste Personen sagte: „Diese Spende an das CMP – Projekt zur Exhumierung, Identifizierung und Rückführung der sterblichen Überreste vermisster Personen in Zypern unterstützt das Ziel des Komitees, so viele sterbliche Überreste wie möglich zu identifizieren und zurückzuführen, um das Leiden zu beenden, unter dem so viele Familien so viel Jahre lang gelitten haben.“ Laut CMP konnten bislang die sterblichen Überreste von 870 Personen – 695 griechischen Zyprioten und 211 türkischen Zyprioten – identifiziert und an ihre Familien zur Bestattung übergeben werden. 1.132 Personen werden immer noch vermisst. Das Komitee für vermisste Personen betonte, dass man „... um das Leiden der

betroffenen Familien zu lindern, auf Unterstützung“ angewiesen sei.

## 2. Gasvorkommen

Am 2. Mai gab Energie-Minister Giorgos Lakkotrypis bekannt, dass Israel und Zypern möglicherweise einen Antrag bezüglich der Streitigkeiten hinsichtlich der Erdgasverteilung im Aphrodite-Feld beim internationalen Schiedsgericht einreichen werden. Im Jahr 2010 hatten Israel und Zypern eine Abgrenzungsvereinbarung unterzeichnet, sich aber nicht darauf verständigt, wie gebietsübergreifende Erdgasvorkommen, die beide Wirtschaftszonen tangierten, erkundet werden sollten. Israel schätzt das Volumen auf seiner Seite auf sieben bis zehn Milliarden Kubikmeter, während das Volumen im zypriotischen Teil, das zur von Yitzhak Tshuva kontrollierten Delek Group gehört, bei schätzungsweise 100 Milliarden Kubikmeter liegt. Mangels einer Vertriebsvereinbarung verweigert Israel Zypern das Abpumpen von Gas im Aphrodite-Feld, da auch Gas aus dem Yishai-Vorkommen abgepumpt werden würde.

Nach einem Treffen mit seinem ägyptischen Amtskollegen Tareq El Molla in Ägypten erklärte der Minister am 7. Mai, dass Zypern und Ägypten kurz vor der Unterzeichnung einer Vereinbarung zum Bau einer unterseeischen Pipeline stehen, die zypriotischen Erdgasvorkommen mit der ägyptischen Küste verbinden wird.

Im Anschluss an eine Besprechung zwischen dem Regionaldirektor von Total, Stéphane

Michel und Präsident Anastasiades, bekundete der französische Energiekonzern sein Interesse an Block 8 der Exklusiven Wirtschaftszone Zypern (EEZ). Weitere Einzelheiten über die Anteile, die die Franzosen an Block 8 erwerben wollten, oder über einen Zeitplan bezüglich der Bestätigungsbohrungen im Calypso-Feld in Block 6, gab Michel nicht bekannt.

## 3. Griechische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut Eurostat fiel die Arbeitslosenquote im April zum ersten Mal seit Dezember 2011 auf 8,6% und lag somit leicht über dem Durchschnitt des Eurogebietes. Die Erwerbslosenrate Zyperns bleibt die sechsthöchste in der Europäischen Union.

In einer Erklärung am 23. Mai in der die Europäische Kommission ihre länderspezifischen Empfehlungen erläuterte,

forderte diese Zypern auf, bis 2019 die notleidenden Kredite im Bankwesen zu reduzieren, den öffentlichen Dienst und das Justizwesen zu verbessern und die Wirtschaft sowie das Bildungs- und Gesundheitssystem zu reformieren.

Insbesondere solle Zypern

- Maßnahmen ergreifen, um die Rahmenbedingungen für Insolvenz und Zwangsvollstreckung vollständig zu operationalisieren, sowie schnelle und sichere Systeme zur Ausstellung von Grundstücksurkunden und zur

Übertragung unbeweglicher Vermögensgegenstände gewährleisten

- den Bestand an notleidenden Krediten reduzieren
- entscheidende Gesetzesreformen verabschieden, um die Effizienz im öffentlichen Sektor zu verbessern
- das Privatisierungsprogramm wieder einführen
- der Einführung zentraler Bestandteile des Aktionsplans für Wachstum Priorität einräumen
- Reformen durchführen, die die Beschäftigungsaussichten der jungen Bevölkerung durch bessere Schulen und Berufsausbildung verbessern
- das Bildungs- und Ausbildungssystem reformieren und eine Begutachtung von Lehrern einführen
- sicherstellen, dass das öffentliche Gesundheitssystem, das vergangenes Jahr verabschiedet wurde, in zwei Jahren voll funktionsfähig ist

Laut dem Amt für Statistik erhöhte sich die Zahl der Touristen im April im Vergleich zum Vorjahr um 9,7% auf 314.143. Die Anzahl der Gäste aus dem Vereinigten Königreich, die traditionell den Hauptanteil des Touristenstroms bilden, stieg im April um 4,1% auf 110.689; 49.040 Urlauber kamen aus Russland, dem zweitwichtigsten Herkunftsland (eine Steigerung von 4,3%).

In einem Bericht auf der Website des Amts für Statistik, der am 15. Mai veröffentlicht wurde, war zu lesen, dass die Regierung im 1. Quartal 2018 einen Haushaltsüberschuss von 297,3 Millionen Euro erzielen konnte, verglichen mit 166,3 Millionen Euro im Vergleichszeitraum 2017. In den ersten drei Monaten stiegen die staatlichen Gesamteinnahmen um 9,5% (auf Jahresbasis umgerechnet) auf 1,9 Milliarden Euro während sich die Gesamtausgaben um 2% auf 1,6 Milliarden Euro erhöhten. Des Weiteren expandierte die zypriotische Wirtschaft um 3,8%.

### Innenpolitische Entwicklungen

Nach einem Interview, das Anastasiades der Tageszeitung Phileleftheros gegeben hatte, machte der Parteivorsitzende der Fortschrittlichen Partei des Arbeitenden Volkes (AKEL), Andros Kyprianou, am 29. Mai Anastasiades schwere Vorwürfe. Insbesondere beschuldigte Kyprianou den Präsidenten, „... aktiv seine unpopulären Strategien mit Widersprüchen, Rückschritten, Unrichtigkeiten, Verdrehungen und Halbwahrheiten zu verschleiern“. Auf die anhaltende Kritik reagierte Anastasiades mit der Bemerkung, dass dies nur zu einer Verstärkung der türkischen Unnachgiebigkeit führe und die türkische Position unterstützt werde. Der Präsident betonte außerdem, dass er nicht zulassen werde, dass die griechisch-zypriotische Seite die Schuld für das Stocken der Verhandlungen in Crans-Montana im Juli zugeschrieben werde. Bezüglich der unterschiedlichen Auslegungen des Rahmenplans von Guterres stellte Kyprianou fest, dass es nur ein einziges Dokument von

Guterres gegeben habe, welches auf den 30. Juni datiert ist. Anastasiades versuche, die Gesellschaft zu verwirren.

### **Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen**

Aus Protest gegen die Pläne des Gemeinderats, die Müllbeseitigung zu privatisieren, wurde die Gemeindeverwaltung Strovolos bestreikt. Die Gewerkschaften PEO, SEK und DEOK hatten vor Monaten vor einer Privatisierung gewarnt und führten die Arbeitsniederlegung durch. Privatisierung und die Schaffung privater Monopole hätten nicht nur eine negative Auswirkung auf die Angestellten und die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern würden auch die Dienstleistungsqualität dem Bürger gegenüber negativ beeinflussen, so die Gewerkschaften.

Als Reaktion auf die steigende Zahl von Arbeitsunfällen organisierte die Gewerkschaft PEO einen Protest vor dem Arbeitsministerium und überreichte einen Forderungskatalog. PEO erklärte, dass die Zunahme der Arbeitsunfälle mit der Wirtschaftskrise und der mangelnden Bereitschaft der Arbeitgeber, Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften einzuhalten, in Verbindung stünden. Die Gewerkschaft schlug eine Änderung der bestehenden Rechtsvorschriften vor, die höhere Strafen für schuldige Arbeitgeber ermöglichen, zudem verpflichtende Gesundheits- und Sicherheitstrainings für neue Arbeitnehmer und alle Arbeitskräfte in gefährlichen Berufsfeldern, häufigere Kontrollen, eine Erhöhung der Zahl der Inspektoren und öffentlichen Kampagnen. Die Gewerkschaft SEK veröffentlichte eine Mitteilung mit ähnlichen Vor-

schlägen, die die Einrichtung eines Bürgertelefons einschloss, bei dem Missachtungen von Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften anonym gemeldet werden könnten.

Die Gewerkschaften PEO und SEK gaben Erklärungen gegen den Vorschlag der Regierung ab, die jährliche Sondergebühr von 350 Euro für Firmen abzuschaffen. PEO machte geltend, dass die Arbeitnehmer die Hauptleidtragenden der Krise sind und dass die Regierung in einem Land, das „Meister in sozialer Ungleichheit“ ist, den Staat den „... begrenzten Beitrag, der von Seiten des Kapitals geleistet werden würde“ entziehen wolle. SEK verwies darauf, dass es einer neuen Steuerpolitik bedürfe, die die Steuerlast von den Schultern der Arbeitnehmer nehme, und nicht die Firmen um einen kleinen symbolischen Betrag entlaste in einer Zeit, in der die Löhne niedrig und die Profitraten hoch seien.

Die Spannungen in der Hotelbranche verschärfen sich, da die Hoteliers eine Erlaubnis zur Einstellung von Arbeitskräften aus Drittstaaten fordern. Die Gewerkschaften bezeichnen dies mit Blick auf mehr als 30.000 Arbeitslose im eigenen Land und tausenden verfügbaren Arbeitnehmern in der Europäischen Union als inakzeptabel. Dies sei nichts anderes als der Versuch der Arbeitgeber, die Löhne in der Branche weiter zu drücken.

Infolge des anstehenden Verkaufs der Cooperative Cyprus Bank an einen privaten Investor müssen schätzungsweise 800 bis 1.000 Angestellte mit Entlassungen noch vor Verkaufsabschluss rechnen, damit der Staat und nicht

der Neubesitzer die Entschädigungen tragen müssen. SEK traf sich mit dem Finanzminister, der nochmals beteuerte, dass die Regierung die Angestellten der Cooperative Cyprus Bank auf die ein oder andere Art unterstützen werden.

Die Gewerkschaft PEO kommentierte die Bemühungen eines Netzwerks, das sich für eine EU-weite Einführung der Regelung eines garantierten Mindesteinkommens (GMI) stark macht, wie folgt: „Ein garantierter Mindestlohn stellt kein umfassendes Sozialschutzsystem dar.“ Aus der Erfahrung könne man für Zypern sagen, dass ein GMI als Mittel zur Einschränkung von Anwendungsbereichen in der Sozialpolitik dienen würde und es lediglich zu einer Verlagerung der Finanzmittel von den Armen auf die noch Ärmeren käme. Eine wahrhaft fortschrittliche Sozialpolitik könne sich nicht selbst einschränken und sich ausschließlich mit den bereits benachteiligten Gruppen befassen. Es gelte, Armut und soziale Ungerechtigkeit mit präventiven Maßnahmen zu bekämpfen. Es bedürfe Ressourcen und verbesserter Strukturen, um ein umfangreiches Sozialsicherungssystem einzuführen.

Nach einem tragischen Schulunfall, der zum Tod eines 10-jährigen Jungen geführt hatte, kam es zwischen dem gewerkschaftlich organisierten Ärzteverband PASIKY und dem Gesundheitsminister sowie zwischen der Gewerkschaft der griechischen Lehrer POED (Pancyprian Federation of Greek Teachers) und dem Erziehungsminister zu einer heftigen Auseinandersetzung. Zwei Ärzte wurden festgenommen und wegen fahrlässiger Pflichtverletzung angeklagt, während zeitgleich eine Untersuchung gegen den

Lehrer des Schülers eingeleitet wurde. Der Unfall entfachte eine hitzige öffentliche Diskussion über die Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Bedingungen, unter denen sich das Unglück ereignete, und rückte die völlig unterbesetzten und mangelhaft ausgestatteten Krankenhäuser und Schulen in den Vordergrund. PASIKY organisierte einen Kurzstreik als Protest gegen die „Bestrafung medizinischer Verfahren“ und die wahllose Demütigung von Fachleuten im Gesundheitswesen durch die Regierung, die „... ihre eigene Verantwortung zu verstecken versuche.“ Die Lehrgewerkschaft POED beschuldigte in ähnlicher Weise den Erziehungsminister, mit dem tragischen Fall völlig unangemessen umgegangen zu sein, da dieser in seinen Statements die Schuld angelich ungeeigneten Pädagogen in die Schuhe geschoben habe. Präsident Anastasiades stellte sich hinter seine Minister und sagte, dass er das „Erbhöfe der Gewerkschaften“ nicht tolerieren werde, was wiederum Reaktionen der anderen Gewerkschaften hervorrief. Dies galt auch für PEO, die ihre Unzufriedenheit mit einer Regierung bekundete „... die versuche, die Gewerkschaftsbewegung zu entwerten“, indem sie dieser die Schuld für die eigenen Fehler in den Schlüsselbereichen dem Gesundheits- und Erziehungswesen zuschiebe.

Die Gewerkschaft SEK bezeichnete die Verzögerung des Parlaments bezüglich der Erlassung des Gesetzes zur Überprüfung einheitlicher Qualitäts- und Leistungsstandards als inakzeptabel. Zudem ermutige dies zur Schwarzarbeit und trage zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes bei. Während unterschiedliche mächtige Branchen um Gesetzentwürfe wett-

eiferten, „...schreitet die Illegalität in ihrem eigenen schnellen Rhythmus voran“, konstatierte die SEK in ihrer Mitteilung.

Auf einem Treffen zwischen PEO und Anastasiades überreichte die Gewerkschaft dem Präsidenten ein Positionspapier, in dem sie qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und Festanstellungen als notwendige flankierende Maßnahme wirtschaftlicher Entwicklung betonte. Weitere Forderungen sind: rechtliche Instrumente, die Arbeitgeber verpflichteten, betriebliche Vereinbarungen zu befolgen, Mindestrechte für Arbeitnehmer ohne Tarifverträge, die Beendigung von „Dienstleistungsverkäufen“ als Mittel der Vertuschung abhängiger Beschäftigungsverhältnisse und die Einführung von Einzelverordnungen zu Kriterien einer abhängigen Beschäftigung. PEO fordert die staatliche Anerkennung Tausender als Arbeiter und Angestellte. Darüber hinaus verlangt die Gewerkschaft die Aufrechterhaltung und Stärkung der Vorsorgefonds für in die Pension gehende Arbeitnehmer (Provident Funds) als eigenständige Einrichtungen im Unterschied zu privaten Vorsorgesystemen, eine Reihe von Reformen in der Wohlfahrtspolitik, die Unterstützung des Sozialversicherungsfonds und die Schaffung eines nationalen Gesundheitssystems.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Gemäß den Daten der staatlichen Planungsorganisation stieg die monatliche Inflationsrate

im April auf 2,75% und erreichte somit den höchsten Monatswert seit zehn Jahren. Seit Dezember 2016 war die jährliche Inflationsrate stets zweistellig. Der Anstieg wird der Abwertung der türkischen Lira zugeschrieben.

Obwohl keine Fördermittel aus der Türkei flossen, ergab sich in den ersten vier Monaten des Jahres 2018 ein Haushaltsüberschuss von 76,2 Millionen TL (türkische Lira). Laut Daten aus dem Finanzministerium lagen die Gesamteinnahmen in den Monaten Januar bis April bei 1,4 Milliarden TL. Die Ausgaben beliefen sich auf 1,3 Milliarden.

Der erste Quartalsbericht der Türkischzypriotischen Zentralbank vermeldete einen Anstieg der Summe der Aktiva im Bankensektor, die Ende Dezember 2017 26,1 Milliarden TL betragen hatte, um 6,06% im ersten Quartal 2018. Auf der Kreditseite ergab sich eine Steigerung um 5,81%.

Die Tageszeitung Yeniduzen berichtete, dass die Zahl registrierter Arbeitnehmer aus anderen Ländern als der Türkei in den vergangenen vier Jahren um 150% von schätzungsweise 4.000 auf 13.000-14.000 gestiegen ist. Die verbesserten sozio-ökonomischen Bedingungen der Arbeiter in der Türkei hätte die Zuwanderung von Arbeitskräften aus diesem Land eingedämmt. Aktuell gibt es ca. 32.000 registrierte Arbeitnehmer mit türkischer Staatsbürgerschaft, im Jahr 2013 waren es 27.000 gewesen. Infolgedessen richten Arbeitgeber, die nach billigen Arbeitskräften suchen, ihre Aufmerksamkeit auf andere Länder. Angaben bezüglich der Wege, auf denen diese Arbeitskräfte auf die

Insel kommen, erhöhen Befürchtungen hinsichtlich Menschenhandels.

Laut der Tageszeitung Cyprus Today wurden um die 100 Millionen Dollar auf Bankkonten von 13 Casinos eingefroren. Türkische Ermittler hatten den Spielbanken unterstellt, riesige Beträge ins Ausland verschoben zu haben, um Steuerzahlungen zu umgehen. Die Untersuchung durch den Rat zur Aufklärung von Wirtschaftskriminalität soll vom Generalstaatsanwalt in Gaziantep (Türkei) angeordnet worden sein. Berichten zufolge könnten entsprechende Untersuchungsergebnisse, illegale Wetten und Geldwäsche eingeschlossen, zur Annullierung der Lizenzen der namentlich nicht genannten Casinos und zu Festnahmen führen. Premierminister Tufan Erhurman und Finanzminister Serdar Denktas sagten zunächst, sie hätten nichts von der Angelegenheit gewusst. Erhurman bestätigte später aber, dass beide mit türkischen Amtsträgern darüber gesprochen haben.

Laut dem Internationalen Suchtstoffkontrollstrategiebericht des US-Außenministeriums (INCSR) vom März 2018, „... fehlt [dem Norden] ... der erforderliche rechtliche und institutionelle Rahmen um einen effektiven Schutz vor Geldwäsche zu gewährleisten. Allerdings haben die türkisch-zypriotischen Behörden bereits Schritte unternommen, einige der gravierenderen Mängel zu beheben. „Gesetze“, Geldwäsche effektiv zu verhindern, werden jedoch nicht in ausreichendem Umfang umgesetzt. Der Glücksspielsektor und das Offshore Bankwesen bleiben Anlass zur Sorge, was Geldwäsche betrifft.

### Beziehungen mit der Türkei

Die türkisch-zypriotische Regierung hat das dritte Jahresprogramm des Finanzprotokolls mit der Türkei (2016-2018) unterzeichnet. Das Volumen beträgt 1,23 Milliarden TL (232 Millionen Euro) in Fördermitteln (635 Millionen TL) und Darlehen (595 Millionen TL). Premierminister Tufan Erhurman sprach von einer „Routine-Unterzeichnung“ zur Freisetzung finanzieller Ressourcen, wie im 2016-2018 Protokoll festgelegt. Bald würden neue Verhandlungen beginnen, um die Periode 2019-2021 zu decken.

Bei 420 Millionen handele es sich um bedingte Darlehen. Diese würden entsprechend der Umsetzung des Strukturwandelprogramms 2018 freigegeben. 100 Millionen würden zum Ausgleich des gegenwärtigen Haushaltsdefizits verwendet. Dies bedeute eine Kürzung um 50% im Vergleich zu 2016. Mit dem Rest tätige man „andere Zahlungen“. Investitionen in Verteidigung, Infrastruktur und Realwirtschaft würden als Fördermittel und Subventionen in die TRNZ transferiert werden. Bisher sei in 2018 kein Kapital von der Türkei nach Nordzypern geflossen. Finanzminister Serdar Denktas erklärte, dass Finanzierungen gemäß dem Abkommen in einem Monat beginnen würden.

Der türkische stellvertretende Ministerpräsident und Verantwortliche für Zypernangelegenheiten, Recep Akdag, stattete dem Norden einen Besuch ab. Er konferierte mit dem Präsidenten, dem Premierminister und dem Außenminister. Er nahm auch am ersten Fasten-

Brechen des diesjährigen Ramadans in Nikosia teil.

### Innenpolitische Entwicklungen

Der stellvertretende Premierminister und Außenminister, Kudret Ozersay, kündigte an, dass er den Sprecher des Abgeordnetenhauses gebeten habe, als Teil einer Anti-Korruptions-Maßnahme eine Überprüfung der deklarierten Vermögenswerte der Abgeordneten einzuleiten. Ozersay teilte mit, dass dies die Abgeordneten zwingen werde, offensichtliche Abweichungen zu vorherigen Deklarierungen zu erklären. „Das war Teil des Regierungsprogramms ..., Wir halten unser Versprechen“, fügte er hinzu.

Der Richter, der Anfang des Jahres nach dem Erhalt von Morddrohungen unter Polizeischutz gestellt worden war, gab seinen Rücktritt bekannt. Tacan Reynar hatte den Vorsitz im Verfahren gegen sechs Straftäter, die des Angriffs auf das Redaktionsbüro der Tageszeitung Afrika im Januar überführt (und zu Haftstrafen verurteilt) worden waren. Der Richter schrieb auf seiner persönlichen Facebook-Seite: „Für mich ergibt es keinen Sinn und es hat keine Bedeutung (mehr), diese Aufgabe fortzuführen.“ In einem zweiten Post fügte er hinzu, dass er sich nicht „...ausschließlich auf die Justiz“ beziehe, sondern dass er „...über das ganze System“ spräche, „...das im Norden Zyperns errichtet worden ist“.

Die Regierung beschloss, mehr als 170 Personen die türkisch-zypriotische Staatsbürgerschaft

abzuerkennen, da diese von der vorherigen Regierung illegal erteilt worden sei.

Der Tageszeitung Cyprus Today zufolge könnten Supermärkte für ein oder zwei Tage schließen, um gegen den „unfairen Wettbewerb“ gegenüber den vom Militär betriebenen Lebensmittelgeschäften und Märkten zu protestieren, die auch Zivilisten zugänglich sind. „Waren, die in Geschäften der Armee angeboten werden, sind zollfrei, da sie darauf ausgerichtet sind, nur Armeeingehörige zu versorgen“, sagte Taner Nizam, Sprecher des Supermarkt-Unternehmer-Netzwerks. „Vom Militär betriebene Geschäfte haben mittlerweile 30% des zivilen Marktes erobert.... Sobald sie die Preise vergleichen, denken die Bürger, dass die Supermärkte sie über den Tisch ziehen.“ Nizam fügte hinzu, dass seine Organisation die Situation der Regierung dargelegt und eine Lösung gefordert habe: „Wir haben die Koalitionsparteien angeschrieben und auch dem türkischen Minister für Zollangelegenheiten und Handel, Bulent Tufekci, die Situation erklärt, als wir die Türkei besuchten.“

Die sterblichen Überreste von neun syrischen Flüchtlingen wurden an der Küste der Halbinsel Karpas angeschwemmt. Vermutlich waren sie an Bord eines Bootes gewesen, das auf dem Weg von Mersin nach Zypern unterwegs gekentert war.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen



### Mai

**Montag, 07. Mai 2018, 10:00 – 11:30**

Civil Society Advocates / FES  
Präsentation auf Griechisch

**Neue Gesetzgebung für Verbände und  
Stiftungen**

Youth Multicentre, Apostolou Pavlou and  
Gladstonos Corner, 8046, Pafos, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Dienstag, 22. Mai 2018**

Civil Society Advocates / KEPLI / FES  
Präsentation auf Griechisch

**Neue Gesetzgebung für Verbände und  
Stiftungen**

Ayia Napa Municipal Museum, 14, Kriou Nerou  
Avenue, 30707, Ayia Napa, Cyprus

Öffentliche Veranstaltung

### Juni



**Donnerstag, 10. Mai 2018, 17:00 – 19:30**

Civil Society Advocates / FES  
Präsentation auf Griechisch

**Neue Gesetzgebung für Verbände und  
Stiftungen**

Journalists' House CyBC (RIK),  
Avenue Aglantzia,  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Dienstag, 05<sup>th</sup> June 2018, 18:00 – 21:00**

SeeD / US Department of State / British High  
Commission in Cyprus / Interpeace / FES  
Conference

**Gender SCORE Cyprus Final Event**

Ledras Palace, UN Pufferzone  
NiKosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Mittwoch, 06. Juni 2018**

Civil Society Advocates / FES  
Präsentation auf Englisch

**Neue Gesetzgebung für Verbände und Stiftungen**

Home for Cooperation, UN PufferZone,  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Dienstag, 12. Juni 2018**

PRIO Cyprus Center / FES  
Workshop

**Environment and Security in the Eastern Mediterranean Region**

Home for Cooperation, UN PufferZone,  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Donnerstag, 28. Juni 2018, 10:30 – 19:30**

PRIO Cyprus Centre/ SeeD / FES  
Konferenz

**Nothing Is Agreed Until Everything Is Agreed:  
A Comparative Evaluation of the  
Comprehensive Settlement Approaches**

Home for Cooperation, UN PufferZone,  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Impressum:****Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336  
Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)  
Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)  
Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](https://www.facebook.com/FEScyprus)

**Text:**

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou und  
Sophia Papastavrou

**Übersetzung:**

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

**Layout:**

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:  
Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)